

# nachrichten

## Jakarta akut vom Absinken des Erdreiches bedroht

Eine Zunahme von Bauaktivität, übermäßige Ausbeutung von Trinkwasser und instabiler Boden sorgen dafür, dass Teile Jakartas jährlich bis zu 8 cm absinken. Die absehbare Folge ist eine weiterhin zunehmende Anfälligkeit für Überschwemmungen. Ein Bericht der städtischen Administration und der Firma PT Sucofindo sieht in ihrem Bericht von 1999 bis 2005 ein Absinken von anfänglich 1.5 cm bis schließlich 8 cm pro Jahr voraus. Sucofindo führte die Studie auf Anweisung der urbanen Verwaltung aus, die wissenschaftliche Beweise für das Absinken des Bodens verlangt hatte.

Die verheerendsten Überflutungen seit über 50 Jahren trafen Jakarta im Januar diesen Jahres. Die städtische Administration nahm die Schuld auf sich, das Ausmaß der Überschwemmungen nicht vorhergesagt zu haben. Ganis Ramadhani, Präsident von PT Sucofindo Appraisal Utama, einer Tochterfirma von Sucofindo, sagte, der Boden habe sich durch Druck auf den lockeren Boden abgesenkt, und die Errichtung von Gebäuden habe den Prozess beschleunigt. Ein anderer Faktor sei die Ausbeutung von Grundwasser. Das Wasser, das aus unterirdischen Quellen abgezogen worden sei, habe den Boden gelockert. Ganis versprach, weitere Studien anzufertigen, damit die Administration künftig bessere Vorkehrungen gegen Überschwemmungen treffen könne. *vgl. Kompas, 23.05.02, The Jakarta Post, 23.05.02*

## Islamische Führer und die Regierungspartei

Die Regierungspartei PDI Perjuangan warnte am 21. Mai 2002 eine Gruppe muslimischer Führer, die eine Serie informeller Treffen abgehalten hatte, davor, eine Koalition zur Destabilisierung der Regierung zu bilden. Der Vizevorsitzende Roy B.B. Janis sagte nach einem regulären internen Treffen, die Regierungspartei hoffe, dass die informelle Gruppe davon absehen werde, die Regie-

rung herauszufordern. Dies sei vor allem im gemeinsamen Interesse der bisher unvollendeten Reformagenda: »Wenn die Regierung nicht unterstützt wird oder man sie jetzt sogar in ihren Reformbemühungen behindert, wird die Ausmerzung der Korruption sowie die Gewährleistung von Rechtssicherheit erschwert«, sagte Roy. Amien Rais, Sprecher des Volksvertretungsrates MPR,

hatte mindestens drei Treffen mit muslimischen Führern organisiert, die u.a. dazu dienten, einen Konsens hinsichtlich notwendiger konstitutioneller Veränderungen zu erzielen. Die Partei PDI Perjuangan sowie Vertreter des Militärs wurden von den Gesprächen ausgeschlossen.

*vgl. The Jakarta Post, 22.05.02, Kompas, 22.05.02*

## Bessere Koordination des Verkehrs

Die misslungene Koordination zwischen Funktionären in Jakarta und in den umliegenden Regionen Bogor, Tangerang und Bekasi hat das chaotische Transportsystem in Jakarta verschärft. Die Agentur für die Kooperation von Entwicklung (BKSP), die für die Planung des Transportsystems zuständig ist, existiert seit 1976, funktioniert aber offensichtlich nicht adäquat.

Ein Mitglied der Agentur, das anonym bleiben wollte, erklärte der Presse: »Wir schreiben nur Empfehlungen, haben aber nicht die Macht, diese durchzusetzen. Und obwohl wir Treffen zwischen den jeweiligen Provinzen organisieren, bleibt die Entscheidung über

Fragen des Transports ihnen überlassen. Und selbst die Aufgabe, zwischen den Provinzen zu vermitteln, ist schwierig. Wie Sie sich denken können, erschwert das Ego führender Persönlichkeiten in vielen Fällen eine Problemlösung für Transportsysteme im Großraum Jakarta.«

Die Agentur war ehemals gegründet worden, als infolge des Zuwanderungsstroms nach Jakarta der Plan entworfen wurde, Indonesier aus Jakarta an die Randgebiete Tangerang im Westen und Bekasi im Osten umzusiedeln. Ein Experte für Stadtplanung, Darundono, erklärt: »Die Idee war, Botabek (Bogor, Tangerang und Bekasi) weiter zu entwi-

ckeln, die Hauptstadt zu entlasten und auch Urbanisierung zu minimieren.« Leider wurde im Zuge dieses Planes das Transportnetzwerk zwischen Botabek und Jakarta nicht verbessert, so dass der Verkehr in Folge der Umsiedlung zwischen den außen gelegenen Regionen und dem Stadtkern während der Stoßzeiten völlig erlahmte. Es gilt nun, so Darundono, bürokratische Hindernisse zu beseitigen, um eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Provinzen zu ermöglichen.

*vgl. Kompas, 22.05.02, Jawa Pos, 22.05.02*

## Studentendemos gegen Reformagenda

Anders als generell bei historischen Feiertagen üblich wurde das vierte Jahr der Reformbewegung am 21. Mai eher in düsterer Stimmung begangen. Studenten demonstrierten im gesamten Archipel, um ihrer Enttäuschung über die indonesischen Politiker Ausdruck zu verleihen, die sich ihrer Meinung nach in keiner Weise an die Reformagenda gehalten haben. Demonstrationen fanden neben Jakarta in Bandung, Semarang, Yogyakarta, Palu in Zentralsulawesi, Makassar und Pontianak in Westkalimantan statt. Die während der Demonstrationen vorgebrachten Forderungen

variierten: Einige Studenten verlangten, legale Maßnahmen gegen Ex-Präsident Suharto und seinen Clan zu ergreifen. Andere Studenten forderten wiederum den Rücktritt der jetzigen Präsidentin Megawati Sukarnoputri. Mehrere Studenten wurden verletzt, als die Polizei versuchte, sie von dem Haus Suhartos fernzuhalten. Eine größere Gruppe von Studenten aus verschiedenen javanischen Universitäten marschierte zum Staatspalast und verlangte von der Regierung, die Preise für Benzin, Elektrizität, Telefon und Transportmittel zu senken. Die jungen Leute drängten die Regierung, Kor-

ruption, Vetternwirtschaft und Nepotismus auszumerzen und ausländische Kredite abzulehnen. Die Demonstranten, die wie bei einem Trauermarsch Blumenbouquets mit sich trugen, trugen Plakate mit der Aufschrift »Wir trauern um den Tod der Reformbewegung« und »Reformation jetzt«. Laut einer Umfrage der Tageszeitung Kompas sind 80 Prozent der Befragten mit den bisher erzielten »Reformen« der Regierung unzufrieden.

*vgl. Kompas, 22.05.02*

## Militärübungen in Ambon

General Ryamizard Ryacudu, Vorsitzender des strategischen Reservekommandos Kostrad, teilte der Presse am 21. Mai 2002 mit, Kostrad werde im Juli Übungen in Ambon, der Hauptstadt der Molukken, abhalten, um zu der Beendigung der Konflikte in der Stadt beizutragen. Er hoffte auf die Professionalität der Mitglieder des Bataillons 503, die sich seiner Meinung nach besonders darin bemerkbar mache, ob die Soldaten unschuldige

Personen von Feinden unterscheiden könnten.

In seiner Rede forderte Ryamizard alle Mitglieder des indonesischen Militärs dazu auf, ihre Neutralität zu wahren und sich nicht auf die Seite bestimmter ethnischer und religiöser Gruppen zu stellen. Falls sie dazu nicht in der Lage seien, so Ryamizard zu Mitgliedern des Bataillons 503 in Ambon, sollten sie ihren Dienst quittieren. Das Bataillon 503 fungiere dazu, die Sicherheit in

Ambon wieder herzustellen, die während der letzten drei Jahre durch kommunale Konflikte nicht gewährleistet war. Die Soldaten, so Ryamizard, müssten nunmehr separatistische Gruppen unschädlich machen. Zu letzteren zählt auch die Republik der Südmolukken (RMS), die versucht hatte, sich aus dem indonesischen Staatsverband herauszulösen.

vgl. *The Jakarta Post*, 21.5.02.,  
*Kompas*, 21.5.02

## Kritik an Kurs des Militärs

Verschiedene NGOs aus Ambon und Jakarta haben den Plan des indonesischen Militärs kritisiert, in der Region der Molukken verstärkte Präsenz zu zeigen. Ihrer Meinung nach führe dies nur noch zu einer Verschärfung des Konflikts. Aufgrund mangelnder Absprachen zwischen dem Sicherheitspersonal und dem Gouverneur sowie häufiger Zusammenstöße zwischen Polizei und Militär sei ein ausgepräg-

tes Misstrauen innerhalb der Bevölkerung entstanden, so Sven Loupatty, Vorsitzender der NGO Hualopu Molukken. »Ich glaube nicht, dass eine größere Militärpräsenz in der Provinz zu einer Beruhigung der Konflikte führen wird – vor allem dann nicht, wenn die Soldaten lediglich kommen, um die Konfliktregion zu einem Trainingsfeld umzufunktionieren«, sagte Sven Loupatty. Der Konflikt in der Provinz sei, so

Loupatty, im Vergleich zu 1999, als er entstand, sogar noch komplizierter geworden. Aus diesem Grund sollten diejenigen, die ohne die ernsthafte Intention den Konflikt einzudämmen, gar nicht nach Ambon kommen, da ihre Präsenz die bestehenden Probleme nur noch verschlimmere, mahnte der Vorsitzende.

vgl. *The Jakarta Post*, 21.05.02,  
*Kompas*, 21.05.02

## Millionen Kinder von Missbrauch bedroht

Über 30 Millionen indonesische Kinder werden laut offiziellen Schätzungen von Erwachsenen missbraucht. Straßenkinder zählen vor allem zu den Opfern, da sich niemand für die Wahrung ihrer Rechte interessiert – noch nicht einmal ihre eigene Familie. Viele Eltern schicken ihre Kinder zum Betteln auf die Straße und treiben das Geld regelrecht von ihnen ein. Bringt das Kind zu wenig Geld, droht harte Bestrafung. Der von einem Journalisten der Tageszeitung *The Jakarta Post* interviewte Dwi sagte beispielsweise aus, seine Mutter habe ihn im April letzten Jahres gezwungen, die Schule zu verlassen und durch Betteln auf der Straße Geld zu verdienen. »Sie befahl mir, 70 Dollar im Jahr zu verdienen. Als ich an einem Tag nur 20 Cent verdiente, habe ich einen Seitenspiegel eines Autos gestohlen.« Er wurde gefangen und für zwei Monate ins Gefängnis gesteckt. Eini-

ge andere von dem Journalisten interviewte sexuell misshandelte Straßenkinder wünschten sich, so schnell wie möglich erwachsen zu werden, um nicht mehr körperlich unterlegen zu sein.

Das Problem physischen und sexuellen Missbrauchs erstreckt sich jedoch nicht nur auf Straßenkinder, sondern auch auf finanziell gut situierte Familien. Dian Kartika Sari, die Frauen und Kindern Rechtshilfe gewährt, kommentiert: »Die meisten Erwachsenen sind in Bezug auf die Rechte der Kinder ignorant. Sie verletzen Kinder, weil letztere nicht die Möglichkeit haben, sich zu rächen. Zudem gibt es keinen Ort, zu dem die Kinder gehen können, da ihre Eltern und Lehrer selbst oftmals diejenigen sind, die sie missbrauchen. Die Polizei ist auch keine Hilfe, da sie ein Kind, das Missbrauch durch einen Erwachsenen meldet, generell nicht ernst nimmt, wenn es

nicht von einem Erwachsenen begleitet wird.

Auch der Staat betrachtet Missbrauch von Kindern nicht als schwerwiegendes Verbrechen. »Die Regierung hat ihre Bereitschaft, die Rechte der Kinder zu respektieren, nicht unter Beweis gestellt«, so Dian. »Wir haben die Internationale Konvention der Rechte der Kinder durch das Dekret Nr. 36/1990 verändert, aber es ist niemals implementiert worden. Das Dekret formuliert die Rechte der Kinder – einschließlich des Rechts auf angemessenen Schutz, ausreichende Ausbildung und ärztliche Behandlung. Es verlangt ebenfalls von der Regierung, Kinder vor sexuellem Missbrauch und Ausbeutung jeglicher Art zu schützen. Derartige Reformen für die Rechte der Kinder werden jedoch in absehbarer Zeit noch nicht umgesetzt werden.

vgl. *The Jakarta Post*, 22.05.02

# nachrichten

## Europäisches Parlament greift in Konflikte ein

Das europäische Parlament hat eine Resolution verabschiedet, die Indonesien dazu auffordert, sofort einen Lösungsvorschlag für die Konflikte auf den Molukken, in Aceh und in West Papua zu formulieren. In dem von 13 Parlamentsmitgliedern unterzeichneten Bericht wurde der Vorschlag unterbreitet, Experten aus den Vereinten Nationen einzuladen, damit die Folter von Zivilisten durch das Militär in den Provinzen Acehs und West Papuas genauer untersucht werden könne. Die Resolution wurde am 22. Mai 2002 in Frankreich in einer Sitzung des europäischen Parlaments anlässlich einer Diskussion zum Thema der Menschenrechte in Indonesien verabschiedet. Unter den in dem Dokument genannten 15 Punkten zu Menschenrechtsverletzungen beanstandete das Parlament u.a. die Abwesenheit einer unabhängigen Untersuchungskommission auf den Molukken, in Aceh und West Papua. Im Kontext der Probleme in West Papua sei eine derartige Kommission auch notwendig, um den Mord an dem Kämpfer für die Unabhängigkeit West Papuas Eluay aufzuklären.

vgl. *Jawa Pos*, 22.5.02